

Antrag der FWG Boppard auf Vorstellung und Beratung der Bevölkerungsvorausberechnung des statistischen Landesamtes bis zum Jahr 2030 (Demografischer Wandel)

Redebeitrag Stadtratsitzung 18.11.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Dr. Böckmann,

ich möchte daran erinnern, dass dieser Tagesordnungspunkt auf eine Initiative der **FWG Boppard** zurückgeht. Bereits am 23.03.2013 haben wir einen schriftlichen Antrag gestellt.

Die Demografie ist ein ganz aktuelles und wichtiges Thema. Nach der sehr anschaulichen Präsentation trifft die Demografie auch Boppard in voller Härte.

Um das beispielhaft zu verdeutlichen, wären im Jahr 2025, also in ca. 12 Jahren, zwei Ortsbezirke in der Größenordnung von Weiler (742 Einwohner) und Udenhausen (509 Einwohner) verschwunden. Bis zum Jahr 2030 käme noch ein weiterer Ortsbezirk in der Größenordnung von Holzfeld (427 Einwohner) hinzu. Selbstverständlich wird sich der Einwohnerrückgang auf alle Ortsbezirke verteilen,

also insgesamt 1.769 Einwohner weniger.

Fazit: Die Einwohnerzahl in der Stadt Boppard nimmt deutlich ab und die Bevölkerung wird deutlich älter. Dies geschieht in einem überschaubaren Zeitraum von ca. 15 Jahren. Erschwerend kommt hinzu, dass der Anteil der unter 20-jährigen und der 20 – 65-jährigen abnimmt. Hingegen steigt der Bevölkerungsanteil der über 65-jährigen an (**allein in Bad Salzig leben zurzeit 300 Bürger über 80 Jahre**).

In der Folge werden die Steuereinnahmen zurückgehen, da die Bevölkerung nicht nur schrumpft, sondern auch älter wird und die Zahl der Erwerbstätigen zurückgeht. Also muss doch die Frage erlaubt sein, wie wir mit der **vorhersehbaren hohen Verschuldung** der nächsten Jahre umgehen und was wir uns künftig noch leisten können. **Oder wie wirkt sich der demografische Wandel auf den Stadthaushalt aus?**

Wie organisiert man den Alltag für eine älter werdende Gesellschaft (Stichwort: ÖPNV)? Ist es vertretbar, dass die barrierefreie Umgestaltung der Bahnsteige in Boppard auf ungewisse Zeit verschoben ist?

Darüber hinaus werden die schrumpfenden Einwohnerzahlen auch deutliche Auswirkungen auf die **Einzelhandelsentwicklung** in der Stadt Boppard ha-

ben. **Wie kann die Grundversorgung vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung erhalten werden?** Die wohnortnahe und gut zugängliche Nahversorgung gewinnt gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung zunehmend an Bedeutung.

Wie steht es mit dem **Mittelzentrum Boppard**? Diese Fragen müssen in diesem Zusammenhang erlaubt sein.

Auch ist aus unserer Sicht das Thema Kommunal- und Verwaltungsreform nochmals intensiv zu behandeln – selbst wenn die vom Gesetzgeber vorgegebene Mindestzahl (12.000 Einwohner) nach der derzeitigen Prognose überschritten wird. Ähnlich trifft es die Verbandsgemeinde Sankt-Goar-Oberwesel, die bis zum Jahr 2030 1.573 Einwohner verlieren wird und künftig nur noch mit 7.587 Einwohnern dasteht.

Beide Gebietskörperschaften zusammen, hätten jedoch eine Einwohnerzahl, die langfristig gesehen eine starke Gemeinschaft am Mittelrhein bilden könnte.

Nach unserer Auffassung sollte daher nochmals über einen Zusammenschluss der beiden im „Welterbe – Tal“ gelegenen Kommunen zwingend nachgedacht werden.

Die vorliegenden Gutachten zur Kommunalreform belegen, dass ein Zusammenschluss von Gebietskörperschaften mittelfristig finanzielle Entlastungen zur Folge hat. Beispielhaft dafür stehen die kommunalen Strukturen. Auch die Tatsache, dass heute weniger Mitarbeiter in den Verwaltungen mehr Bürger dienen können, zwingen zu frischem Denken.

Das Motto „**weniger, älter und bunter**“ ist bei vielen aktiven Menschen vor Ort angekommen und motiviert sie.

Von den Verantwortlichen im Stadtrat ist ein kluges und vorausschauendes Handeln bei Entscheidungen, die heute getroffen werden, gefordert. Es drängen sich Fragen auf, die heute schon beantwortet werden müssen, und zwar für alle Lebensbereiche, da man nicht davon ausgehen kann, dass sich der demografische Wandel in Boppard plötzlich umkehrt. Für die **FWG Boppard beantrage ich daher:**

- dass die Kommunal- und Verwaltungsreform unter dem Blickwinkel der künftigen Einwohnerzahl erneut im Stadtrat behandelt wird.